

5883/J XX.GP

## **ANFRAGE**

Der Abgeordneten Dr. König  
und Kollegen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend generelle Doppelstaatsbürgerschaft für türkische Staatsbürger in  
Deutschland

In Verfolg der schriftlichen Anfrage 5314/J vorn 4.Dezember 1998 und der Beantwortung vom 7.Dezember 1998 steht nunmehr fest, daß eine Regierungsvorlage der neuen deutschen Koalitionsregierung vorliegt, die de facto zu einer generellen Doppelstaatsbürgerschaft führen würde. Während bisher in Deutschland, wie auch in Österreich, Doppelstaatsbürgerschaften nur in begründeten Ausnahmefällen akzeptiert wurden, stellt die deutsche Regierungsvorlage die Doppelstaatsbürgerschaft für Drittstaatsangehörige dem Belieben anheim. Damit würde eine privilegierte Gruppe von Staatsbürgern geschaffen werden, deren Personenkreis mehrere Millionen Doppelstaatsbürger umfassen könnte und Nachzugsmöglichkeiten für Familien in der Größenordnung von mehreren 100.000 Zuzüglern zu Folge hätte.

Wenngleich der Innenminister in seiner Anfragebeantwortung zu Recht anführt, "daß nach den Bestimmungen des Unionsrechts die Regelung von Staatsbürgerschaftsangelegenheiten zur Gänze in der Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedsländer liegt", kann es nicht widerspruchslös hingenommen werden, daß ein EU - Nachbarland durch das für EU - Staatsbürger geltende freie Niederlassungsrecht eine Zuwanderung nach Österreich auslösen könnte die weit über den österreichischen Quoten liegt. Es erscheint daher geboten, diese Bedenken umgehend gegenüber der deutschen Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen. Dies umso mehr, nachdem die Gewaltbereitschaft ausländischer Staatsbürger in der Bundesrepublik nach der Festnahme des Kurdenführers Öcalan deutlich unter Beweis gestellt wurde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

## **ANFRAGE:**

1. Trifft es zu, daß derartige neue deutsche Staatsbürger mit Doppelstaatsbürgerschaft in Österreich unbeschränkt tätig werden könnten und über die Familienzusammenführung in Deutschland auch ihren Familienangehörigen das freie Niederlassungsrecht zustehen würde ?

2. Könnte gegen diese Personen ein Aufenthaltsverbot wegen einer rechtskräftigen strafrechtlichen Verurteilung dauerhaft erlassen werden?
3. Welche Probleme würde die deutsche Gesetzesvorlage für die Bekämpfung der organisierten Schleppertätigkeit bedeuten ?
4. Wurden Sie von der deutschen Bundesregierung über die geplante Gesetzesvorlage bereits detailliert informiert?
5. Werden Sie die österreichischen Interessen gegenüber der deutschen Bundesregierung nachdrücklich vertreten ?
6. Werden Sie für den Fall des Festhaltens an einer Einführung der generellen Doppelstaatsbürgerschaft das Problem im EU - Ministerrat aufgreifen ?